



Mainz, 16. Juni 2020

Pressemitteilung

**Innenministerkonferenz vom 17. bis 19. Juni 2020 in Erfurt
Flüchtlingsrat RLP und Initiativeausschuss fordern unbefristeten Abschiebestopp nach
Syrien und sofortige Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland**

Zur Innenministerkonferenz vom 17. bis 19. Juni 2020 in Erfurt fordern der AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativeausschuss für Migrationspolitik in RLP den rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz dazu auf, für die unbefristete Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien und für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland einzutreten.

Unbefristeter Abschiebestopp nach Syrien

Der Krieg in Syrien dauert mit unverminderter Härte an. Aktuelle Berichte von Menschenrechtsorganisationen dokumentieren gezielte Angriffe des Assad-Regimes auf die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser im Nordwesten des Landes. Alleine von Dezember 2019 bis März 2020 haben die mit russischer Unterstützung erfolgten Gewaltakte fast eine Million Menschen - davon mehr als 80 Prozent Frauen und Kinder - zur Flucht gezwungen.

In den vom Assad-Regime kontrollierten Gebieten werden Menschen wahllos und willkürlich festgenommen, gefoltert oder sogar hingerichtet. Insbesondere Rückkehrer werden als Gegner des Regimes betrachtet. Für sie ist die Gefahr, verhaftet, misshandelt oder dazu gezwungen zu werden, an Kriegshandlungen teilzunehmen, besonders groß.

Hierzu erklärt Pierrette Onangolo vom AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.: *„Die derzeitige Situation in Syrien lässt Abschiebungen aus menschenrechtlicher Sicht nicht zu. Das gilt unabhängig davon, ob die Betroffenen in Deutschland straffällig geworden sind oder nicht. Auch Menschen, die eine Straftat begangen haben, haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Sie dürfen nicht doppelt bestraft werden, indem sie nach Verbüßen ihrer Strafe in ein Land abgeschoben werden, in dem ihr Leben gefährdet ist.“*

Aufnahme von Angehörigen vulnerabler Gruppen aus Griechenland

Die katastrophale Lage von Flüchtlingen in den EU-„Flüchtlingslagern“ auf den griechischen Inseln duldet kein weiteres Zuwarten. Die Bereitschaft zur Aufnahme insbesondere vulnerabler Flüchtlinge aus Griechenland und die erforderlichen Kapazitäten sind in vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz vorhanden. Integrationsministerin Anne Spiegel hat Bundesinnenminister Seehofer deshalb dazu aufgefordert, zeitnah die Aufnahme von bundesweit 5.000 Schutzsuchenden von den griechischen Inseln zu ermöglichen.

Hierzu erklärt Torsten Jäger vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP: „Wir fordern Innenminister Roger Lewentz dazu auf, bei der IMK die Forderung von Integrationsministerin Spiegel durch die verbindliche Zusage zur Aufnahme von 450 Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz zu konkretisieren und von Bundesinnenminister Seehofer zu verlangen, deren Aufnahme sofort zu ermöglichen.“

Er wies zugleich darauf hin, dass die Eigenstaatlichkeit der Länder es möglich macht, der desaströsen Situation von Flüchtlingen vor den Toren und an den Rändern Europas auch durch Landesaufnahmeprogramme zu begegnen. Solche Programme gäbe es bereits in mehreren Bundesländern wie z.B. in Schleswig-Holstein oder seien - wie z.B. in Thüringen und Berlin - in Vorbereitung: „Wir erwarten von der Landesregierung, dass auch sie zeitnah mit einem solchen Landesaufnahmeprogramm sichere und legale Zugangswege für Menschen eröffnet, die die EU und der Bund ihnen hartnäckig verweigern. Eine entsprechende Forderung von Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen unterstützen bereits ca. 1.500 Organisationen und Einzelpersonen aus RLP“, so Jäger abschließend.

gez. Torsten Jäger
Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP

gez. Pierrette Onangolo
AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V.

Hinweis: Die Forderung nach einem Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not kann online unterzeichnet werden unter:

www.openpetition.de/!rlpnimmtauf